



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 3/2022

20. Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung (Abwasserbeseitigungssatzung)..... A30

Bekanntmachung des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V. Wettbewerb „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ – Grundsätze für die Verleihung – vom 2. Januar 2022 A35

Bekanntmachung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) – Sitz Schöpstal – zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Wirtschaftsplanes 2022 vom 6. Januar 2022 A37

Bekanntmachung der Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w.V. über die Auflösung des Wirtschaftsvereins Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w.V. Amtsgericht Chemnitz Aktenzeichen: 14-0564/97-2 vom 1. Januar 2022 A38

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A39

Insolvenzgericht A41

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung (Abwasserbeseitigungssatzung)

Auf Grundlage von § 56 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetzes – WHG), vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, des § 50 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, und der §§ 4, 14 und 124 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Abs. 2 und §§ 6 und 5 Abs. 4 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Verbandversammlung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen in ihrer Sitzung am 26. November 2021 folgende Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Satzung gilt für das in der Verbandssatzung bezeichnete Gebiet des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen (AZV).

(2) ¹Die in dieser Satzung enthaltenen Rechte und Pflichten für Grundstückseigentümer finden auch für Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstücks Berechtigte Anwendung. ²Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet. Sie haften als Gesamtschuldner.

(3) Die in dieser Satzung enthaltenen Pflichten gelten auch für die sonst zur Nutzung eines Grundstückes oder einer Wohnung berechtigten Personen, soweit sie ausdrücklich benannt werden.

(4) Diese Satzung gilt für die Beseitigung des auf Grundstücken anfallenden Abwassers, das

1. über eine private Grundstücksentwässerungsanlage in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt oder
2. in privaten abflusslosen Gruben oder privaten Kleinkläranlagen gesammelt wird und für das Entsorgungsgut, das zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gebracht wird.

§ 2 Organisation, Umfang und Bedingungen der Abwasserbeseitigung

(1) ¹Der AZV ist Aufgabenträger der öffentlichen Abwasserbeseitigung nach § 56 WHG und § 50 SächsWG. ²Er betreibt diese als eine einheitliche öffentliche Einrichtung.

(2) ¹Der AZV bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Abs. 1 der Westsächsischen Abwasserentsorgungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (WAD GmbH). ²Diese führt die Abwasserbeseitigung, als Dritte im Sinne von § 56 Satz 3 WHG, aufgrund eines privatrechtlichen Abwasserbeseitigungsvertrages mit dem Anschlussnehmer durch und erhebt Kosten und Entgelte auf eigene Rechnung.

(3) Der Anschluss an das öffentliche Abwassernetz und die Entsorgung des auf den Grundstücken anfallenden Abwassers bestimmt sich nach den Allgemeinen Entsorgungsbedingungen (AEB) der WAD GmbH in der jeweils gültigen veröffentlichten Fassung.

(4) Bei Widersprüchen zwischen der Abwasserbeseitigungssatzung des AZV und den AEB der WAD GmbH hat die Abwasserbeseitigungssatzung des AZV Vorrang.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) ¹Abwasser ist das durch Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser aus Niederschlägen (Niederschlagswasser). ²Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(2) ¹Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Zweckverbandsgebiet anfallende Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. ²Öffentliche Abwasseranlagen sind die im öffentlichen Bereich befindlichen Anlagen, die der Abwasserentsorgung dienen. ³Es handelt sich auch dann um öffentliche Abwasseranlagen, wenn sich diese Anlagen im privaten Bereich befinden, aber öffentliche Abwasseranlagen miteinander verbinden oder diese Anlagen dem AZV oder der WAD GmbH gehören. ⁴Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse im Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen in der Regel bis zur Grenze der Grundstücke, die unmittelbar an diese Flächen angrenzen, sog. Anliegergrundstücke.

(3) ¹Private Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Anlagen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Behandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers bis zur öffent-

lichen Abwasseranlage dienen. ²Dazu gehören alle Anlagen, die keine öffentlichen Abwasseranlagen im Sinne des Abs. 2 sind, sowie abflusslose Gruben (im Sinne von § 48 S. 2 SächsWG) und Kleinkläranlagen (im Sinne von § 52 SächsWG, § 8 WHG und § 1 Abs. 2 und 3 Kleinkläranlagenverordnung vom 19. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 281), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist). ³Anlagen auf Anliegergrundstücken, die der Entwässerung von Grundstücken dienen, die nicht unmittelbar an öffentliche Verkehrs- und Grünflächen angrenzen, sog. Hinterliegergrundstücke, sind private Grundstücksentwässerungsanlagen.

(4) Ein Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jedes räumlich zusammenhängende und einem gemeinsamen Zweck dienende Grundeigentum desselben Eigentümers, das eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet, auch wenn es sich um mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinne des Grundbuchrechts handelt.

§ 4

Anschluss- und Benutzungsrecht

(1) Jeder Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2 S. 1) ist nach Maßgabe dieser Satzung zum Anschluss seines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage bzw. an die öffentliche Einrichtung zur Entnahme und des Transportes des Entsorgungsgutes aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben und zur Benutzung derselben berechtigt, wenn dort Abwasser anfällt.

(2) ¹Das Anschluss- und Benutzungsrecht an die öffentliche Abwasseranlage erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch einen öffentlichen Abwasserkanal erschlossen sind. ²Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung der öffentlichen Anlagen besteht nicht.

- (3) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht,
1. wenn das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht ohne Weiteres von der öffentlichen Abwasseranlage übernommen werden kann und von demjenigen behandelt und beseitigt werden kann, bei dem es anfällt;
 2. solange eine Übernahme des Abwassers in die öffentliche Abwasseranlage wegen der Lage des Grundstücks, wegen technischer Gründe oder wegen unverhältnismäßig hohen Aufwands nicht möglich ist.

(4) ¹Das Anschluss- und Benutzungsrecht besteht auch in den Fällen der Absätze 2 und 3 Nr. 2, sofern der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die mit dem Bau und Betrieb zusammenhängenden Mehrkosten zu übernehmen und auf Verlangen Sicherheit zu leisten. ²Einzelheiten, insbesondere die Frage, wer den Erhaltungs- und Erneuerungsaufwand trägt, werden vertraglich geregelt.

(5) ¹Niederschlagswasser ist vom Anschluss- und Benutzungsrecht ausgenommen, soweit es ohne Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit auf dem Grundstück versickert oder schadlos unmittelbar in ein Gewässer eingeleitet werden kann. ²Der AZV kann hiervon Ausnahmen zulassen oder bestimmen, wenn die Ableitung von Niederschlagswasser aus wasserrechtlichen oder sonstigen rechtlichen Gründen erforderlich ist.

§ 5

Anschluss- und Benutzungszwang

(1) ¹Die zum Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage Berechtigten (§ 4) sind verpflichtet, bebaute und auch unbebaute Grundstücke, wenn dort Abwasser anfällt, an die für das Grundstück betriebsfertig hergestellte öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und diese zu benutzen. ²Ein Grundstück gilt als bebaut, wenn auf ihm bauliche Anlagen, bei deren Benutzung Abwasser anfallen kann, dauernd oder vorübergehend vorhanden sind. ³Unbebaute Grundstücke sind auch dann anzuschließen, wenn der Anschluss im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, des Verkehrs oder aus anderen Gründen des öffentlichen Wohls geboten ist. ⁴Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist.

(2) ¹Von Grundstücken, die an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind, ist im Umfang des Benutzungsrechts alles Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten. ²Auf Grundstücken mit Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben ist das gesamte häusliche Schmutzwasser in die Kleinkläranlage oder abflusslose Grube einzuleiten. ³Fäkalien aus Trockentoiletten sind einer abflusslosen Grube zuzuführen.

(3) Die zum Anschluss an die öffentliche Einrichtung zur Entnahme und zum Transport des Entsorgungsgutes aus Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben Berechtigten sind verpflichtet, das Entsorgungsgut der WAD GmbH oder deren Beauftragten zu überlassen.

(4) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn kein Schmutzwasser anfällt und eine ordnungsgemäße Beseitigung von Niederschlagswasser erfolgt.

(5) ¹Ist für ein Grundstück, auf dem Abwasser anfällt, die öffentliche Abwasseranlage hergestellt, so ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten seine Grundstücksentwässerungsanlage zu ändern, an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und diese zu benutzen. ²Abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen sind außer Betrieb zu nehmen und durch einen Fachbetrieb zu reinigen, sobald ein zentraler Anschluss hergestellt wurde.

(6) ¹Von der öffentlichen Abwasserbeseitigung sind sämtliche Stoffe ausgeschlossen, die die Reinigungswirkung der Klärwerke, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen, die Schlammabseparierung oder die Schlammverwertung beeinträchtigen, das Material der öffentlichen Abwasseranlagen und/oder Transportfahrzeuge angreifen, ihren Betrieb, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern, erschweren oder gefährden können, oder die den in öffentlichen Abwasseranlagen arbeitenden Personen oder dem Vorfluter schaden können. ²Dies gilt auch für Flüssigkeiten, Gase und Dämpfe. ³Die WAD GmbH regelt Näheres in ihren AEB.

(7) ¹Der AZV kann im Einzelfall die Einleitung von Abwasser von einer Vorbehandlung, Drosselung oder Speicherung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert. ²Solange die öffentlichen Abwasseranlagen nicht bedarfsgerecht ausgebaut sind, kann der AZV Abwasser, das wegen seiner Art oder Menge in den vorhandenen Abwasseranlagen nicht abgeleitet oder behandelt werden kann, von der Einleitung befristet ausschließen.

§ 6**Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang**

(1) ¹Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung kann auf Antrag des Grundstückseigentümers (§ 1 Abs. 2 S. 1) ganz oder zum Teil befreit werden, wenn und solange der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Allgemeinwohls nicht zumutbar ist und die Befreiung wirtschaftlich unbedenklich ist. ²Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich beim AZV einzureichen.

(2) Die Befreiung soll befristet und kann unter Bedingungen, Auflagen und mit Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 7**Private Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben**

(1) ¹Kann das häusliche Schmutzwasser keiner öffentlichen Abwasseranlage mit angeschlossener Abwasserbehandlungsanlage zugeführt werden, ist eine Kleinkläranlage zu errichten, die das Abwasser so behandelt, dass die Einleitwerte dem Stand der Technik entsprechen. ²Bei Neubau oder Nachrüstung der Kleinkläranlage ist dem AZV oder der WAD GmbH die Inbetriebnahme unverzüglich schriftlich anzuzeigen. ³Der Anzeige ist ein Nachweis des Bautyps und, sofern erforderlich, die wasserrechtliche Erlaubnis und ein Dichtheitsprotokoll (§ 8 Abs. 2) beizufügen.

(2) ¹ Betreiber einer Kleinkläranlage ist, wer die tatsächliche Sachherrschaft über diese Anlage hat; das ist in der Regel der Eigentümer des Grundstückes, auf dem sich die Anlage befindet. ²Der Betreiber der Kleinkläranlage ist für den störungsfreien Betrieb und die Wartung der auf dem Grundstück befindlichen Kleinkläranlage verantwortlich. ³Dazu hat er:

1. die Wartung der Anlage durch ein zertifiziertes Unternehmen entsprechend der Bauartzulassung zu gewährleisten,
2. in regelmäßigen Abständen die Kleinkläranlage zu kontrollieren (Eigenkontrolle),
3. die Beseitigung von Betriebsstörungen und Schäden unverzüglich zu veranlassen,
4. auf Forderung des AZV festgestellte Mängel innerhalb einer festgesetzten Frist zu beheben und dies nach Erledigung dem AZV anzuzeigen,
5. ein Betriebsbuch nach § 4 Abs. 4 Kleinkläranlagenverordnung zu führen,
6. die Entsorgungsnachweise, das Betriebsbuch und die Wartungsprotokolle aufzubewahren und auf Verlangen des AZV diesem vorzulegen.

(3) Die Überwachung der Selbstüberwachung und Wartung der Kleinkläranlagen nach § 3 Abs. 3 S. 2 erfolgt auf Grundlage der Kleinkläranlagenverordnung und wird wie folgt durchgeführt:

- a) Der Betreiber oder ein von ihm Beauftragter hat der WAD GmbH, bei Kleinkläranlagen, für die die Wartung durch den Hersteller oder einen Fachbetrieb vorgeschrieben ist, die Wartungsprotokolle innerhalb von sechs Wochen nach erfolgter Wartung zuzusenden.
- b) Bei Kleinkläranlagen, die nicht unter a) fallen, erfolgt die Überwachung durch den Beauftragten des AZV mittels Einsichtnahme in das Betriebsbuch und Sichtkontrolle der Anlage anlässlich der Fäkalabfuhr oder im Rahmen von Vor-Ort-Überprüfungen im Sinne von § 50 Abs. 2 S. 4 SächsWG.

(4) Erfolgt die Übermittlung der Wartungsprotokolle nach Abs. 3 a) durch ein vom Betreiber vertraglich gebunde-

nes Wartungsunternehmen, können AZV oder WAD GmbH nähere Formvorgaben treffen.

(5) Der Betreiber hat ungehinderten Zugang/Zufahrt zu den Kleinkläranlagen für die Entsorgungsfahrzeuge zu gewährleisten und diese instand zu halten.

(6) ¹Die Entsorgung des Schlammes aus Kleinkläranlagen erfolgt bedarfsgerecht in Verantwortung des Betreibers. ²Die Entsorgung erfolgt mindestens

1. im Turnus der bauaufsichtlichen Zulassung der Anlage bzw. nach Leistungserklärung des Herstellers oder
2. in den in der wasserrechtlichen Erlaubnis festgelegten Abständen oder
3. wenn im Rahmen der Wartung der Anlage die Notwendigkeit festgestellt wird.

³Hierzu erfolgt eine Terminvereinbarung durch den Betreiber mit dem Entsorgungsunternehmen.

(7) ¹Die in Abs. 1 bis 5 geregelten Anforderungen an Kleinkläranlagen gelten, mit Ausnahme von Abs. 3 a) und 4, für abflusslose Gruben entsprechend. ²Abs. 6 gilt mit der Maßgabe, dass die Entleerung der abflusslosen Grube so rechtzeitig zu veranlassen ist, dass ein störungsfreier Betrieb gewährleistet werden kann.

§ 8**Private Grundstücksentwässerungsanlagen**

(1) ¹Jeder Grundstückseigentümer hat seine private Grundstücksentwässerungsanlage im Sinne von § 3 Abs. 3 S. 2 und die sonstigen Kontrolleinrichtungen ordnungsgemäß nach den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu betreiben, instand zu halten, zu reinigen und ggf. zu ändern.

(2) ¹Der Grundstückseigentümer hat die Dichtheit der Grundstücksentwässerungsanlage nach DIN 1986 zu gewährleisten. ²Auf Verlangen des AZV ist diesem das Protokoll der Dichtheitsprüfung oder der Zustandserfassung zu übergeben.

(3) Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, Abwasseraufnahmeeinrichtungen ihrer privaten Grundstücksentwässerungsanlagen nach den jeweiligen Vorgaben der AEB der WAD GmbH wirkungsvoll und dauerhaft gegen Rückstau zu sichern.

§ 9**Überwachung, Zutrittsrecht**

(1) ¹Der AZV und die WAD GmbH bzw. von ihnen Beauftragten sind zur Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlagen und der Abwasserbeschaffenheit und -menge befugt. ²Die Überwachung umfasst das Einholen von Auskünften und Unterlagen sowie die Kontrolle der Grundstücksentwässerungsanlagen vor Ort einschließlich der Entnahme von Abwasserproben und der Messung der Abwassermenge.

(2) Der AZV und die WAD GmbH können über die Art und Menge des in die öffentliche Abwasseranlage, Kleinkläranlage und abflusslosen Grube eingeleiteten oder einzuleitenden Abwassers Aufschluss verlangen.

(3) ¹Der AZV und die WAD GmbH sind berechtigt, jederzeit, auch periodisch, Abwasser zu untersuchen. ²Die Messergebnisse sind auf Verlangen vorzulegen.

(4) ¹Zum Zweck der Überwachung hat der Grundstückseigentümer den Mitarbeitern des AZV, der WAD GmbH oder des Beauftragten ungehinderten Zugang zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage zu gewähren, die notwendigen Auskünfte zu erteilen und erforderliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. ²Die Mitarbeiter haben sich auszuweisen. ³Sie dürfen Wohnungen nur mit Einwilligung des Berechtigten, Betriebs- und Geschäftsräume ohne Einwilligung nur in den Zeiten betreten, in denen sie normalerweise für die jeweilige geschäftliche oder betriebliche Nutzung offenstehen. ⁴Grundstückseigentümer und die sonstigen Verpflichteten nach § 1 Abs. 2 S. 1 sind verpflichtet, Ermittlungen und Prüfungen zu dulden und dabei Hilfe zu leisten.

(5) ¹Von einer Kontrolle vor Ort sind die Grundstückseigentümer im Voraus schriftlich durch den AZV oder die WAD GmbH zu informieren. ²Diese Regelung gilt jedoch nicht für Probeentnahmen und Messungen bei einem hinreichenden Verdacht auf eine nach Art oder Menge unzulässige Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage, Kleinkläranlage und abflusslose Grube.

§ 10 Haftung des AZV

(1) Werden die öffentlichen Abwasseranlagen durch Betriebsstörungen, die der AZV nicht zu vertreten hat, vorübergehend ganz oder teilweise außer Betrieb gesetzt oder treten Mängel oder Schäden auf, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen, wie Hochwasser, Starkregen oder Schneeschmelze oder durch Hemmungen im Abwasserablauf verursacht sind, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz.

(2) Im Übrigen haftet der AZV nur für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.

(3) Eine Haftung nach den Vorschriften des Haftpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Januar 1978 (BGBl. I S. 145), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2421) geändert worden ist, bzw. des Gesetzes über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Umweltschadengesetz – UschadG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2021 (BGBl. I S. 346), in den jeweils geltenden Fassungen, bleibt unberührt.

§ 11 Haftung der Benutzer

¹Der Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2 S. 1) und die sonstigen Benutzer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustandes der Grundstücksentwässerungsanlagen oder infolge der Nichtbeachtung der Anzeigepflichten i. S. v. § 13 entstehen. ²Sie haben den AZV von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. ³Gehen derartige Schäden auf mehrere private Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften deren Eigentümer oder Benutzer als Gesamtschuldner.

§ 12 Kosten

Der AZV erhebt für Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben entsprechend dieser Satzung Verwaltungsgebühren und Auslagen (Kosten) sowie Abgaben zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen auf Grundlage gesonderter Satzungen.

§ 13 Anzeigepflichten

Binnen eines Monats haben der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte und der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte dem AZV oder der WAD GmbH schriftlich anzuzeigen:

1. den Erwerb oder die Veräußerung eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücks;
2. den Erwerb oder die Veräußerung eines Grundstücks mit Kleinkläranlage oder abflussloser Grube;
3. auf Verlangen des AZV die bei In-Kraft-Treten dieser Satzung vorhandenen Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben;
4. die Inbetriebnahme oder Stilllegung einer Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube;
5. die Verwendung von Trink- oder Brauchwasser aus einer nicht öffentlichen Versorgungsanlage, sofern für die Beseitigung des entstehenden Schmutzwassers die öffentlichen Abwasseranlagen benutzt werden;

§ 14 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 5 Abs. 1 S. 1 sein Grundstück nicht an die betriebsfertig hergestellte öffentliche Abwasseranlage anschließt,
2. entgegen § 5 Abs. 2 nicht alles Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder nicht das gesamte häusliche Schmutzwasser in die Kleinkläranlage bzw. abflusslose Grube einleitet oder nicht die Fäkalien aus Trockentoiletten der abflusslosen Grube zuführt,
3. entgegen § 5 Abs. 3 das Entsorgungsgut der WAD GmbH oder deren Beauftragten nicht überlässt,
4. entgegen § 5 Abs. 5 S. 1 seine Grundstücksentwässerungsanlage nicht oder nicht fristgemäß ändert, an die öffentliche Abwasseranlage anschließt und diese benutzt,
5. entgegen § 5 Abs. 5 S. 2 abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen nicht außer Betrieb nimmt und durch einen Fachbetrieb reinigen lässt, sobald ein zentraler Anschluss hergestellt wurde,
6. entgegen § 7 Abs. 5 und 7 die Zufahrt für Entsorgungsfahrzeuge und den Zugang zur Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube nicht gewährleistet und nicht instand hält,
7. entgegen § 7 Abs. 6 S. 2 die Entnahme des Entsorgungsgutes aus der Kleinkläranlage nicht zum festgelegten Zeitpunkt vornehmen lässt,
8. entgegen § 7 Abs. 7 S. 2 die Entleerung der abflusslosen Grube nicht so rechtzeitig veranlasst, dass ein störungsfreier Betrieb gewährleistet werden kann,
9. entgegen § 8 Abs. 2 keine Dichtheitsprüfung durchführen lässt oder das Dichtheitsprotokoll dem AZV nicht übergibt,

10. entgegen § 9 Abs. 4 S. 1 eine Vor-Ort-Überprüfung verweigert, die notwendigen Auskünfte nicht erteilt oder erforderliche Unterlagen nicht zur Verfügung stellt,
11. entgegen der in § 13 genannten Frist den dort aufgeführten Anzeigepflichten nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(2) ¹Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können nach § 124 Abs. 3 SächsGemO mit einer Geldbuße geahndet werden. ²Die Höhe der Geldbuße bemisst sich nach § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 31 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2003 (SächsGVBl. S. 614, 913), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in der jeweils geltenden Fassung, bleiben unberührt.

§ 15 Anordnungsbefugnis

¹Der AZV kann nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen im Einzelfall anordnen, um rechts-

widrige Zustände zu beseitigen, die unter Verstoß gegen Bestimmungen dieser Satzung herbeigeführt worden oder entstanden sind. ²Er kann insbesondere Maßnahmen anordnen, um drohende Beeinträchtigungen öffentlicher Abwasseranlagen zu verhindern und um deren Funktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten. ³Dies gilt ebenso für Maßnahmen, um eingetretene Beeinträchtigungen zu minimieren und zu beenden sowie um die Funktionsfähigkeit der Abwasseranlagen wiederherzustellen. ⁴Für die Erzwingung einer nach dieser Satzung vorgeschriebenen Handlung, Duldung oder Unterlassung gelten die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG).

§ 16 In-Kraft-Treten

¹Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Satzung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung vom 6. März 2015 außer Kraft.

Remse, Ortsteil Weidensdorf, den 8. Dezember 2021

Abwasserzweckverband Lungwitztal-Steegenwiesen
Röthig
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Nach § 47 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung

des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V.

Wettbewerb

„Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“

– Grundsätze für die Verleihung –

Vom 2. Januar 2022

Präambel

Mit dem Wettbewerb „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ sollen Maßstäbe für die Gestaltung privater Hausgärten, Grünanlagen im Wohn- und Arbeitsumfeld sowie bei landschaftsgärtnerischen Spezialgebieten gesetzt werden. Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit wird das Leistungsspektrum sowie die Leistungsfähigkeit der sächsischen Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus sowie der Landschaftsarchitekten stärker bekannt gemacht.

Daher wird im Zusammenwirken vom Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) und dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V. (VGLS) der „Preis des sächsischen Garten- und Landschaftsbaus“ für das Jahr 2022 ausgelobt.

Im Rahmen dieses Zusammenwirkens führt der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V. im Auftrag des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie diesen Wettbewerb durch. Das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie stellt die Preisgelder und trägt die Kosten der Durchführung.

1. Ziele

Die eingereichten Beiträge sollen die Gestaltung von Neuanlagen für eine der nachfolgenden Gruppen zum Inhalt haben:

- **Private Hausgärten**
(zum Beispiel Außenanlagen an Eigenheimen)
- **Außenanlagen des Wohn- und Arbeitsumfeldes**
(zum Beispiel Freianlagen an Geschäfts- und Bürohäusern, Anlagen von Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften)
- **Landschaftsgärtnerische Spezialgebiete**
(zum Beispiel Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen, Lärmschutzanlagen).

2. Teilnahmebedingungen

Teilnahmeberechtigt sind alle Betriebe des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus, die in Sachsen ihren Firmensitz oder eine Niederlassung haben. Voraussetzung für die Teilnahme am Wettbewerb ist der Nachweis der Fachkunde, das heißt die Meisterqualifikation im Garten- und Landschaftsbau oder eine entsprechend höhere Qualifikation in dieser Fachrichtung.

Berücksichtigung findet höchstens ein Projekt pro Gruppe und Teilnehmer. Der Teilnehmer muss eine abgeschlossene eigene Leistung einreichen, die im Zeitraum von 2019 bis Ende August 2022 fertig gestellt wurde. Leistungen, die bereits zum Vorgängerbewettbewerb eingereicht wurden,

können nicht erneut eingereicht werden. Es sind aussagefähige Unterlagen (siehe Nummer 7) einzureichen.

Mit der Teilnahme am Wettbewerb erkennt der Teilnehmer diese Ausschreibung vollständig an.

3. Eigentums- und Urheberrecht/Veröffentlichungen

Die Auslober haben das Veröffentlichungsrecht. Sie sind berechtigt, die Arbeiten inklusive aller Bilder des Wettbewerbes ohne Gewährung einer zusätzlichen Vergütung uneingeschränkt zu veröffentlichen. Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V. wird in der überregionalen Presse über den Verlauf des Wettbewerbes informieren.

Die Ergebnisse, insbesondere die prämierten Beiträge, werden in einer Broschüre veröffentlicht. Die Namen der Wettbewerbsteilnehmer (Fachbetriebe des Garten- und Landschaftsbaus), mitwirkende Landschaftsarchitekten sowie die Bauherren werden genannt. Mit der Einreichung der Unterlagen stimmt der Teilnehmer dieser Namensnennung zu. Die eingereichten Unterlagen müssen für Veröffentlichungen vervielfältigungsfähig sein.

4. Jury

Die Jury beurteilt die Projektunterlagen in Abhängigkeit von ihrer schwerpunktmäßigen Ausrichtung an einer der unter Punkt 1 genannten Gruppen.

- Die Jury besteht mindestens aus je einem Vertreter
- des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
 - der Architektenkammer Sachsen oder des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesgruppe Sachsen
 - des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V.

Die Jury kann durch weitere unabhängige Sachverständige ergänzt werden.

Die Jurymitglieder wie auch ihre Ehe-, Lebens- oder Geschäftspartner dürfen nicht selbst an der Planung oder Ausführung eines Wettbewerbsbeitrages beteiligt gewesen sein.

5. Beurteilungskriterien

Alle vorliegenden Einsendungen werden zunächst einer sachlichen Prüfung nach folgenden Kriterien unterzogen:

1. Teilnahmeberechtigung (Fachbetrieb Garten- und Landschaftsbau, siehe auch 2.)
2. termingerechte Einsendung der Unterlagen
3. Vollständigkeit der Unterlagen

Alle den oben genannten Kriterien entsprechende Beiträge werden einer fachlichen Prüfung durch die Jury nach folgenden Schwerpunkten unterzogen:

Gesamtanlage und Gestaltungsqualität

- Schaffung eines landschaftsgärtnerischen Gesamtwerkes
- Nutzung ökologischer Potenziale
- bauliche Besonderheiten

Nutzungsqualität

- Lage, Kombination und Zuordnung einzelner Funktionsbereiche
- besondere Nutzung für Kinder, ältere und behinderte Menschen et cetera

Fachgerechte Ausführungsqualität

- Wege- und Platzflächen
- Mauerwerk und Treppenanlagen
- Wasserbereiche
- Ausstattungselemente
- Pflanzarbeiten
- Besonderheiten

6. Prämierung

Es werden maximal drei erste Preise mit gleicher Höhe der Preisgelder vergeben. Es dürfen Sonderpreise mit Preisgeldern in geringerer Höhe als für einen ersten Preis vergeben werden. Pro Wettbewerbskategorie stehen maximal 3.500 Euro als Preisgelder zur Verfügung. Die Höhe der Preisgelder legt die Jury in Abhängigkeit von der Anzahl und der Themenwahl der eingereichten Beiträge fest.

Jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde. Zusätzliche Anerkennungen und Sonderpreise können vergeben werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

7. Einzureichende Unterlagen

Aussagefähige Unterlagen sind einzureichen beim

Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau
Sachsen e. V.
Hamburger Ring 1 B, 01665 Klipphausen

Die einzureichenden Unterlagen müssen Pläne, Fotos und Beschreibungen, die entsprechend der nachfolgenden

Musterdarstellung auf zwei Blättern im Format A1 dargestellt sind, umfassen.

Pläne, Fotos und Texte sind zusätzlich auf einem digitalen Speichermedium einzureichen.

1. Blatt Größe A1

Plan/Fotos Bestand vor der Bautätigkeit	Erläuterungsbericht zum Bestand vor der Bautätigkeit, zum Beispiel Gehölzbestand Vorstellungen des Kunden (Bauherrn) Lage Nutzung Funktionalität
Plan/Skizzen/ Schnitte	Entwurf hauptsächlich Gestaltung

2. Blatt Größe A 1

Dokumentation der Bautätigkeit	Erläuterung der Details, besonders: Pflanzen Pflege Ausführung Ausstattung Besonderheiten
Detailfotos	Angaben: Teilnehmer am Wettbewerb (Fachbetrieb GaLaBau) Bauherr: Planung: Bausumme: Ausführungszeit: Fläche in m ² Preis/m ²

8. Wichtige Termine:

Januar 2022	Wettbewerbsaufruf
31. August 2022	Einsendeschluss für die Teilnahme am Wettbewerb
September 2022	Vorprüfung und Bereisung
Oktober 2022	Jurysitzung
Oktober 2022	Abschlussveranstaltung mit Prämierung der Preisträger

Klipphausen, den 2. Januar 2022

Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V.
Axel Keul
Geschäftsführer

**Bekanntmachung
des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON)
– Sitz Schöpstal –
zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Wirtschaftsplanes 2022**

Vom 6. Januar 2022

Auf Grund von § 58 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), in Verbindung mit §§ 4 und 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, sowie § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816) sowie des § 28 der Verbandssatzung des Regionalen Abfallverbandes Oberlausitz-Niederschlesien (RAVON) vom 21. Dezember 2017 (SächsABl. S. 355), weisen wir auf die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2022 in der Zeit

**vom 26. Januar 2022
bis einschließlich 3. Februar 2022**

in folgenden Landratsämtern zur öffentlichen Einsicht hin:

Landkreis Bautzen
Landratsamt
Abfallamt

Schöpstal, den 6. Januar 2022

Zimmer 005 (Sekretariat)
Garnisonsplatz 6
01917 Kamenz
(täglich während der allgemeinen Dienststunden)

Aufgrund der aktuellen Regelungen zur Pandemie bitten wir Sie um vorherige Anmeldung unter 03591/5251-70001.

Landkreis Görlitz
Landratsamt
Regiebetrieb Abfallwirtschaft
Zimmer 1.22.1
Muskauer Straße 51
02906 Niesky
(täglich während der allgemeinen Dienststunden)

Aufgrund der aktuellen Regelungen zur Pandemie bitten wir Sie um vorherige Anmeldung unter 03588 261-702.

Einwohner und Abgabepflichtige haben für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Diese Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Regionaler Abfallverband Oberlausitz-Niederschlesien
Michael Harig
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w. V.
über die Auflösung des Wirtschaftsvereins
Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w. V.
Amtsgericht Chemnitz Aktenzeichen: 14-0564/97-2**

Vom 1. Januar 2022

Die Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w.V. wird durch mehrheitlichen, satzungsgemäßen Beschluss in einer schriftlichen Mitgliederabstimmung aufgelöst. Die Anmeldung bei der zuständigen Landesdirektion Sachsen Aktenzeichen DD21-1132/8/26 mit Sitz in Dresden wird zeitnah erfolgen.

Im Auftrag der Liquidatoren erfolgt gemäß § 50 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Bekanntmachung:

Der durch das Regierungspräsidium Chemnitz durch Bescheid vom 15. Mai 1997 konzessionierte Wirtschafts-

verein Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w.V. ist aufgelöst.

Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein unter der Adresse:

Antennengemeinschaft Chemnitz/Ebersdorf w. V.
Mittweidaer Straße 105 in 09131 Chemnitz

schriftlich bis zum 31. Dezember 2022 anzumelden.

Chemnitz, den 1. Januar 2022

Gerd Anke
Liquidator

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 18/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Borna, Blatt 459 in Abteilung III unter Nummer 1 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 38 700 DM, wird der Ausschließungsbeschluss vom 3. Januar 2022

öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 4. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 34/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer W1000337, Sparkonto-Nummer 530978877, ausgestellt von der Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft e.G., Hoffmannstraße 47 in 09112 Chemnitz auf den Namen Dähne, Jochen, zuletzt wohnhaft Waldstraße 13, 65439 Flörsheim, wird der

Ausschließungsbeschluss vom 4. Januar 2022 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 4. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 66/21

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 4. Januar 2022 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Frau Dr. Claudia Hemeltjen, Lug ins Land 1, 09228 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE57 8709 6214 0600 0073 27, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz e.G, Innere Klosterstraße 15, 09111 Chemnitz auf den Namen Peter Vieweg, zuletzt wohnhaft Am Gartenheim 15, 09127 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 4. April 2022 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Das Aufgebot wird hiermit öffentlich zugestellt und kann eingesehen werden in der Geschäftsstelle des Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz. Die öffentliche Zustellung setzt Fristen in Gang, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 4. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 27/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Hilbersdorf, Blatt 3722 in Abteilung III unter Nummer 2 eingetragenen Grundschuld in Höhe von 87 000 Euro, wird der Ausschlussbeschluss vom 6. Ja-

nuar 2022 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 6. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 36/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE20 8705 0000 3347 0294 87, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Gerda Jann, wohnhaft Carl-von-Ossietzky-Straße 164 a, 09127 Chemnitz, wird der Ausschluss-

beschluss vom 6. Januar 2022 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 6. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 38/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE34 8705 0000 3327 0642 10, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Lieselotte Hanschmann, zuletzt wohnhaft Paul-Fischer-Weg 6, 09114 Chemnitz, wird der Ausschluss-

beschluss vom 6. Januar 2022 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 6. Januar 2022

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Insolvenzgericht

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: N 58/92

In dem Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der

Ingenieurgesellschaft für Bauplanung/Ausrüstung mbH, Zöllnerplatz 13–17, 09112 Chemnitz

wurde mit Beschluss vom 13. Dezember 2021 der Schlusstermin bestimmt auf:

Mittwoch, den 23. Februar 2022 um 10:00 Uhr im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 2 in Chemnitz, Saal 3.011.

Der Termin dient der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, der Erörterung und Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, der Entscheidung der Gläubiger über nicht verwertbare Gegenstände der Gesamtvollstre-

ckungsmasse, der Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und der Erörterung und Bestätigung des Verteilungsvorschlags des Verwalters. Die Schlussverteilung findet mit Genehmigung des Gerichts statt. Für die Schlussverteilung ist eine Verteilungsmasse von 97 635,49 Euro verfügbar. Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 518 042,99 Euro und nicht bevorrechtigte Forderungen von 1 417 782,29 Euro.

Vorab sind die Ansprüche nach § 13 der Gesamtvollstreckungsordnung zu begleichen. Das Schlussverzeichnis, die Schlussrechnung, der Prüfvermerk, der Vergütungsantrag und die Terminbestimmung sind in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz – Insolvenzgericht – niedergelegt. Die Belege können beim Verwalter eingesehen werden.

Chemnitz, den 22. Dezember 2021

Amtsgericht Chemnitz
Insolvenzgericht

Stellenausschreibungen

In der **Gemeindeverwaltung Lichtenau** ist ab dem 1. April 2022 die Stelle unseres/r

Standesbeamten/Standesbeamtin (m/d/w)

im Bürgerservice zu besetzen.

Die Aufgabenerfüllung erfolgt in Teilzeit (32 Stunden). Eine Vollzeitstelle ist unter Veränderung des Aufgabenzuschnittes möglich.

Unser Bürgerservice bietet ein umfassendes Angebot für unsere Einwohner. Sie sind Ansprechpartner für verschiedene Anliegen. Vordergründig werden Sie Vorgänge aus dem Personenstandswesen bearbeiten. Hierzu gehören unter anderem

- selbständiges Erledigen aller Aufgaben im Bereich Personenstandswesen einschließlich
 - der Durchführung von circa 15 Eheschließungen im Jahr
 - Beurkundungen von Hausgeburten, Sterbefällen, namensrechtlichen Erklärungen, Vaterschafts Anerkennungen, Kirchenaustritten sowie Personenstandsällen unter Beachtung internationalen Privatrechts
 - Führung der analogen und elektronischen Personenstandsregister

Weiterhin beinhaltet Ihr Arbeitsplatz:

- Bearbeitung von Meldeangelegenheiten
- Mitwirkung bei Wahlen und deren Vorbereitung
- optionale Zusatzaufgaben

Ihre Qualifikation:

- Befähigung für die erste Einstiegsebene der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt allgemeiner Verwaltungsdienst (bisher Laufbahnbefähigung für den gehobenen Dienst)

oder

- erfolgreicher Abschluss der Angestelltenprüfung II, der Fortbildungsprüfung zum Verwaltungsfachwirt oder einer vergleichbaren Prüfung verbunden mit der Bereitschaft, einen Einführungslehrgang für Standesbeamte zu absolvieren

alternativ

- eine bestehende Bestellung zum Standesbeamten mit entsprechender Berufserfahrung

Sie bringen mit:

- ein sehr gutes sprachliches und schriftliches Ausdrucksvermögen sowie die Fähigkeit, sich in freier Rede zu artikulieren
- gepflegtes, freundliches und verbindliches Auftreten
- Kommunikationsstärke, Teamgeist und soziale Kompetenz
- absolute Vertrauenswürdigkeit und Loyalität
- hohes Maß an Engagement, Flexibilität und Belastbarkeit
- sichere MS Office-Kenntnisse und Freude an der Einführung neuer digitaler Prozesse
- Kenntnisse kommunaler Fachverfahren, insbesondere Autista

- Bereitschaft, Eheschließungen auch an Samstagen Ihrer Wahl vorzunehmen
- anwendungsbereite Kenntnisse im Familienrecht

Idealerweise verfügen Sie über Berufserfahrung im Personenstandswesen und haben bei der Erfüllung weiterer kommunaler Aufgaben bereits Lösungen entwickelt.

Sie finden bei uns:

- weite Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten
- ein modernes Arbeitsumfeld mit der Möglichkeit, teilweise im Homeoffice zu arbeiten
- gezielte Fortbildungsmöglichkeiten
- eine tarifliche Vergütung mit einer Eingruppierung nach TVöD VKA EG 8 bis EG 9b je nach Aufgabenzuschnitt und Qualifikation
- eine Jahressonderzahlung, ein Leistungsentgelt, eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgungskasse Sachsen), eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch gleitende Arbeitszeit
- die Berücksichtigung Ihrer Berufserfahrung bei der Vergütung
- 30 Tage Jahresurlaub

Wir arbeiten Sie umfangreich ein. Termine vergeben wir elektronisch und Urkundenanforderungen werden in Kürze elektronisch verarbeitet. Wir gehen auf Ihre Stärken ein. Zusätzlich zum Arbeitsschwerpunkt Standesamt können Sie optionale Zusatzaufgaben übernehmen:

- Bearbeitung der Widersprüche und Klageverfahren
- IT-Verwaltung (Auswahl, Beschaffung von Hard- und Softwarelösungen, Verwaltung und Vorbereitung von Wartungsverträgen, Benutzerunterstützung einfacher Art, Kommunikation mit externen Dienstleistungspartnern)

Hierfür bitten wir um Angabe Ihrer Erfahrungen. Der Stellenumfang wird bis auf 39,5 Stunden (Vollzeit) erweitert. Die Vergütung erfolgt nach Aufgabenzuschnitt und Qualifikation bis zu EG 9b. Ab dem Jahr 2025 kann die Stellvertretung des Amtleiters zugewiesen werden. Fragen beantwortet Martin Lohse, Leiter Hauptverwaltung, unter 037208/800-68 gern.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, der vorübergehenden Speicherung der im Rahmen des Auswahlverfahrens erforderlichen Daten zuzustimmen. Die zu besetzende Stelle ist in gleicher Weise für Frauen, Männer, Divers, Absolventen und Berufseinsteiger geeignet. Die Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum 27. Januar 2022 an
Gemeinde Lichtenau
Kennwort – „Bewerbung Standesamt“ -
Auerswalder Hauptstraße 2
09244 Lichtenau
oder auch gern als verbundene pdf per Mail an:
post@gemeinde-lichtenau.de

Die Vorstellungsgespräche finden voraussichtlich am Dienstag, dem 1. Februar 2022 und Dienstag, dem 8. Februar 2022 im Rats- und Trausaal der Gemeinde Lichtenau statt.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass Reisekosten und sonstige Kosten für das Vorstellungsgespräch durch uns nicht erstattet werden.

Wir weisen auf § 11 Absatz 1 des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes hin, wonach wir zur Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens berechtigt sind. Sie können jederzeit Auskunft über Sie betreffende Verarbeitungsvorgänge per-

sonenbezogener Daten, die Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten, die Löschung von personenbezogenen Daten oder die Einschränkung der Datenverarbeitung verlangen sowie der Verarbeitung personenbezogener Daten widersprechen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, können Sie sich mit Beschwerden an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten (saechdsb@slt.sachsen.de) oder an den Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Lichtenau (datenschutz@gemeinde-lichtenau.de) wenden. Falls Sie die Rücksendung Ihrer Unterlagen wünschen, geben Sie dies bitte an.

Der Landkreis Zwickau, Landratsamt, sucht

eine/einen	Sachgebietsleiterin/Sachgebietsleiter Wirtschaftliche Leistungen (w, m, d)
unter der Kennziffer	26/2022/DII
im Dezernat	Jugend, Soziales und Bildung
für das	Jugendamt, Sachgebiet Wirtschaftliche Leistungen
in	Vollzeit
Stellenbewertung	Entgeltgruppe 11 TVöD-VKA
Beschäftigungsdauer	unbefristet
Beschäftigungsbeginn	ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt

Ihr Aufgabengebiet:

- Leitung des Sachgebietes Wirtschaftliche Leistungen (derzeit 27 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter) durch Wahrnehmung der Gesamtzuständigkeit für die auf das Sachgebiet übertragenen Aufgaben sowie Erfüllung der aus gesetzlichen und innerdienstlichen Regelungen resultierenden Pflichten mit Planung, Organisation, Koordination, Entscheidung, Ausführung, Kontrolle, Anweisung, Innovation und Rationalisierung
- Aufstellen von Vereinbarungen über die Höhe der Kosten gemäß § 77 des Achten Buches Sozialgesetzbuch der Angebote der pauschal finanzierten Jugendhilfe gemäß §§ 27 bis 31 und 52 des Achten Buches Sozialgesetzbuch
- Führen der Zielvereinbarungsgespräche und Verhandlungen zur Finanzierung der Leistungsangebote
- Bearbeitung schwieriger, komplexer Einzelfälle
- Prüfung materieller und formeller Rechtsfragen
- Gesprächsführung mit schwieriger Klientel
- Prüfungen nach dem Vier-Augenprinzip für die Sachbearbeiter und Bearbeiter Bundeselterngeld
- Überprüfung der Bearbeitung
- eventuelle Zurückweisung zur erneuten Bearbeitung
- datentechnische Freigabe der Akten für den Zahlungsverkehr
- Prüfung der Personal- und Sachkosten, Erstellen von Abrechnungen, Zahlbarmachung, Vertragsgestaltung (EUBIOS; GAW)
- Rechnungslegung und Kostenerstattung für Amtshilfe Pflegekinderdienst gemäß § 37a des Achten Buches Sozialgesetzbuch gegenüber anderen Jugendämtern
- Bearbeitung von Anzeigen an die Ostdeutsche Kommunalversicherung a. G. (OKV) zur Vermögenseigenschaftensversicherung

Unsere Erwartungen:

- erfolgreicher Hochschulabschluss (Diplomgrad mit dem Zusatz FH oder Bachelor) der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung oder erfolgreich abgeschlossene Qualifizierung zur/zum Kommunalwirtin/Kommunalwirt beziehungsweise Verwaltungsfachwirtin/Verwaltungsfachwirt (Angestellten-Lehrgang II)
- Führungskompetenz und hohe Sozialkompetenz
- hohe Belastbarkeit, Team- und Kommunikationsfähigkeit
- sicheres und überzeugendes Auftreten
- sehr gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit
- Verhandlungsgeschick und Fähigkeit im Umgang mit wechselnder Klientel
- Fachkenntnisse in den Sozialgesetzbüchern I, II, III, V, VIII, IX, X, XI und XII, Jugendhilferichtlinien, Empfehlungen des Landesjugendhilfeausschusses, Bürgerliches Gesetzbuch, Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung, Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz, Sächsisches Kindertagesstättengesetz, Bundeskindergeldgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Zivilprozessordnung,

Einkommenssteuergesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung, Sächsische Landkreisordnung, Sächsische Gemeindeordnung, Satzungen der Kommunen, zum Beispiel zur Benutzung von Kindertagesstätten, Regelungen zum Arbeits- und Dienstrecht, Vorschriften des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes, EU-Datenschutzgrundordnung

- sicherer Umgang mit den gängigen MS-Office-Programmen sowie geübter Umgang mit Datenbanksoftware
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen
- Mitarbeit im Verwaltungsstab des Katastrophenschutzes
- Pkw-Führerschein und Bereitschaft zur dienstlichen Nutzung des Privat-Pkw

Unser Angebot:

- unbefristete Einstellung als Tarifbeschäftigte/Tarifbeschäftigter nach TVöD-VKA
- familienfreundliche flexible Arbeitszeiten (keine Kernzeiten)
- alle Vorteile der (Sozial-)Leistungen des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel eine jährliche Sonderzahlung, vergünstigte Versicherungstarife, die Zahlung von vermögenswirksamen Leistungen, Urlaubsanspruch in Höhe von 30 Tagen pro Kalenderjahr und eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung bei Anstellung nach TVöD
- attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- umfangreiche Einarbeitung

Im Interesse der beruflichen Gleichstellung sind Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und diesen Gleichgestellten im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind ebenfalls ausdrücklich willkommen. Ein entsprechender Nachweis der Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann reichen Sie bitte Ihre aussagefähige und vollständige Bewerbung (Anschieben, lückenloser Lebenslauf, Schul- und Abschlusszeugnisse mit Notenspiegel, Qualifikationsnachweise, aktuelle Arbeitszeugnisse und dienstliche Beurteilungen) über unser Bewerberportal unter www.landkreis-zwickau.de/stellenangebote ein. Bitte prüfen Sie, ob Ihre letzte Beurteilung beziehungsweise Ihr letztes Arbeitszeugnis noch ein zutreffendes Bild über Ihre Tätigkeit und Leistung enthält und beantragen Sie gegebenenfalls eine neue Anlassbeurteilung beziehungsweise ein neues Zwischenzeugnis.

Bitte sehen Sie von einer Papierbewerbung oder einer Bewerbung per E-Mail ab. Eingesendete Unterlagen können nur zurückgesandt werden, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beiliegt. Bei Fehlen des Rückumschlags werden die Unterlagen datenschutzkonform vernichtet.

Bewerbungsschluss: 6. Februar 2022

Wir weisen Sie darauf hin, dass nur innerhalb der Bewerbungsfrist eingegangene Bewerbungsunterlagen im Auswahlverfahren berücksichtigt werden können.

Die/Der nach Durchführung des Stellenbesetzungsverfahrens für die Einstellung vorgesehene Bewerberin/Bewerber ist verpflichtet, ein Behördenführungszeugnis nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes beim zuständigen Einwohnermeldeamt zu beantragen und die Erstellungskosten zu tragen. Es ist nicht notwendig, bereits den Bewerbungsunterlagen ein Führungszeugnis beizufügen.